



24. März 2021

UKRAINISCHER AUGENBLICK AM VORABEND DER TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES

Am 25. und 26. März 2021 treffen sich die Staats- und Regierungschefs der EU zu einer virtuellen Tagung, um *"Maßnahmen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie, dem Binnenmarkt, der Industriepolitik, der digitale Transformation, Wirtschaftsthemen, die Situation im östlichen Mittelmeerraum und die Beziehungen zu Russland zu besprechen"*.

Wie schon in der Vergangenheit fanden bereits vor diesem wichtigen Treffen des Europäischen Rates diskrete Gespräche hinter den Kulissen statt. Diese Gespräche geben Anlass zur Befürchtung, dass die Akteure meinen, die Zeit sei reif, um auf das kompromisslose Prinzip der Achtung der territorialen Integrität unabhängiger Staaten verzichten zu können, um im Austausch dafür den sturen russischen Partner in anderen Fragen, die von solchen Befürwortern naiverweise als für beide Seiten vorteilhaft erachtet werden, hinzuziehen zu können.

Eine solche inhaltlich fehlgeleitete Diplomatie wäre ein strategischer Fehler mit schwerwiegenden negativen Konsequenzen sowohl in der Region als auch weltweit.

Seit Russland 2014 seine militärische Aggression gegen die Ukraine begann, haben die EU und die NATO – mit Ausnahme des widersprüchlichen und schwankenden Standpunktes Deutschlands in Bezug auf Nord Stream 2 – eine unerschütterliche Position beibehalten, die sich in der Unterstützung der Ukraine bei der Verteidigung ihrer territorialen Integrität, der Sanktionierung Russlands für die eklatante Verletzung dieses Grundrechts aller unabhängigen Staaten und in der Suche nach echten Lösungen zur Beendigung der gewaltsamen militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine widerspiegelt, einschließlich der Aushandlung mehrerer Waffenstillstandsabkommen, die von Russland unmittelbar nach ihrem Zustandekommen konsequent gebrochen wurden.

Die komplexen diplomatischen Bemühungen, die erforderlich waren, um diese breite Koalition angesichts intensiven russischen Drucks und Desinformation aufrechtzuerhalten, verdienen zweifellos Anerkennung.

Russlands expansionistische Ambitionen und offene Versuche, den demokratischen und EU-freundlichen Kurs der Ukraine zu stören, konnten vereitelt werden. Dies hat dazu beigetragen, die Sicherheit sowohl in der EU als auch weltweit zu verbessern.

Die russische Demokratiebewegung stellt die Vorherrschaft von Putins 22-jährigem autoritärem Regime in Frage und zwingt es so zu repressiven Maßnahmen, um die "Bedrohung" durch die Demokratie einzudämmen.

Ungeachtet dieser positiven Errungenschaften bleibt aber die globale Bedrohung durch Russland real.

Die russischen Streitkräfte befinden sich immer noch auf der Krim und in der Ostukraine; Russland wurde als destabilisierende Kraft identifiziert, die sich in die Wahlen der NATO-Mitgliedsstaaten einmischt; russische Militärflugzeuge verletzen weiterhin den Luftraum anderer Staaten; Russland wurde des staatlich geförderten Dopings überführt; Russland greift zu Mitteln der Cyberkriegsführung, um Volkswirtschaften zu destabilisieren und hat biologische Waffen eingesetzt, um unliebsame Gegner auf europäischem Boden zum Schweigen zu bringen.

Dies sind keineswegs Handlungen eines reumütigen Staates, der eine Rückkehr in die Weltgemeinschaft anstrebt.

Angesichts der Straffreiheit, derer sich Russland sicher fühlt, würden jegliche Versuche der Ausweitung einer Politik der Einbeziehung Russlands durch die EU, von der herrschenden COVID-19-Pandemie abgesehen, das denkbar schlechteste Signal an Russland senden: Man müsse nur lange genug warten, dann findet man, egal wie ungeheuerlich die eigenen Verstöße sind, irgendwann wieder in den Schoß der Gemeinschaft zurück – und das praktisch ohne Konsequenzen. Dies ist genau die Öffnung, auf die Russlands Apologeten und Unterstützer in der EU warten.

Es steht zu viel auf dem Spiel, als dass sich die Mitglieder des Europäischen Rates auf dem bevorstehenden Treffen Zweifel erlauben könnten.

Die Staats- und Regierungschefs der EU müssen ein klares Signal aussenden, welches unmissverständlich darlegt, dass die grundlegenden Prinzipien, welche die EU-Mitgliedsstaaten vereinen, nicht verhandelbar sind, und dass Russland das Töten stoppen und seine Streitkräfte aus der Ukraine abziehen muss, damit Frieden und Stabilität in diesem strategisch wichtigen Teil der Welt gewährleistet werden können.

Eugene Czolij

NGO “Ukraine-2050” Präsident

Präsident des Ukrainischen Weltkongresses (2008-2018)

Die Nichtregierungsorganisation (NGO) „Ukraine-2050“ ist eine gemeinnützige Organisation, die gegründet wurde, um innerhalb einer Generation – bis 2050, die Umsetzung von Strategien für eine nachhaltige Entwicklung der Ukraine als völlig unabhängiger, territorial integrierter, demokratischer, reformierter und wirtschaftlich wettbewerbsfähiger europäischer Staat zu fördern.